

**Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung
von Abfällen im Hohenlohekreis
(Abfallwirtschaftssatzung)
in der Fassung ab 1. Januar 2019**

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung
- § 2 Entsorgungspflicht
- § 3 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 4 Ausschluss von der Entsorgungspflicht
- § 5 Abfallarten
- § 6 Auskunft- und Nachweispflicht, Duldungspflichten

II. Einsammeln und Befördern der Abfälle

- § 7 Formen des Einsammelns und Beförderns
- § 8 Bereitstellung der Abfälle
- § 9 Getrenntes Einsammeln von Abfällen zur Verwertung
- § 10 Getrenntes Einsammeln von schadstoffhaltigen Abfällen aus privaten Haushaltungen
- § 11 Getrenntes Einsammeln von Elektro- und Elektronik-Altgeräten
- § 12 Zugelassene Abfallbehälter, Behälterausstattung, Behältergemeinschaft, Abfallsäcke
- § 13 Abfuhr von Abfällen
- § 14 Sonderabfahren
- § 15 Einsammeln von gewerblichen Siedlungsabfällen
- § 16 Störungen der Abfuhr
- § 17 Eigentumsübergang

III. Entsorgung der Abfälle

- § 18 Abfallentsorgungsanlagen
- § 19 Benutzung der Entsorgungsanlagen durch Selbstanlieferer

IV. Härtefälle

- § 20 Befreiungen

V. Benutzungsgebühren

- § 21 Grundsatz, Umsatzsteuer
- § 22 Gebührenschuldner
- § 23 Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen, die der Hohenlohekreis einsammelt
- § 24 Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen
- § 25 Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses; Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschild
- § 26 Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

VI. Schlussbestimmungen

§ 27 Ordnungswidrigkeiten

§ 28 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

**Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Hohenlohekreis
(Abfallwirtschaftssatzung) vom 9. November 2015,
mit der Änderung vom 07.11.2016, 06.11.2017 und 05.11.2018**

Aufgrund von

- § 3 Abs. 1 Satz 1 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (Landkreisordnung – LKrO),
- §§ 17 Abs. 1, 20 Abs. 1 Satz 1 und 22 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG)
- §§ 9 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Landesabfallgesetzes (LAbfG)
- §§ 2 Abs. 1 bis 4, 13 Abs. 1 und 3, 14, 15 und 18 des Kommunalabgabengesetzes (KAG)

hat der Kreistag des Hohenlohekreises

am 05.11.2018 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung

- (1) Jede Person soll durch ihr Verhalten zur Verwirklichung der Zwecke des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) beitragen, nämlich die Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch und Umwelt bei der Erzeugung und Bewirtschaftung von Abfällen sicherzustellen (§ 1 KrWG). Dabei stehen nach § 6 Abs. 1 KrWG die Maßnahmen der Vermeidung und der Abfallbewirtschaftung in folgender Rangfolge:
1. Vermeidung,
 2. Vorbereitung zur Wiederverwendung,
 3. Recycling,
 4. sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung,
 5. Beseitigung.
- (2) Der Hohenlohekreis informiert und berät die Abfallerzeuger über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen.

§ 2 Entsorgungspflicht

- (1) Der Hohenlohekreis als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger betreibt im Rahmen der Überlassungspflichten nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG und seiner Pflichten nach § 20 KrWG die Entsorgung der in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle als öffentliche Einrichtung.
- (2) Der Hohenlohekreis entsorgt Abfälle im Rahmen der Verpflichtung nach § 20 Abs. 1 KrWG, soweit die Entsorgung bestimmter Abfälle nicht gemäß Absatz 5 auf die Gemeinden übertragen ist. Abfälle, die außerhalb des Gebietes des Hohenlohekreises angefallen sind, dürfen dem

Hohenlohekreis nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung überlassen werden. Überlassen sind mit Ausnahme der in § 4 genannten Stoffe

- a) zur Abholung bereitgestellte Abfälle, sobald sie auf das Sammelfahrzeug verladen sind,
 - b) Abfälle, die vom Besitzer oder einem Beauftragten unmittelbar zu den Abfallentsorgungsanlagen befördert und dem Hohenlohekreis dort während der Öffnungszeiten übergeben werden,
 - c) Abfälle mit der Übergabe an den stationären Sammelstellen oder mit dem Einfüllen in die aufgestellten öffentlichen Sammelbehälter (Depotcontainer),
 - d) schadstoffbelastete Abfälle aus privaten Haushaltungen mit der Übergabe an den stationären oder mobilen Sammelstellen.
- (3) Die Entsorgungspflicht umfasst auch die in unzulässiger Weise abgelagerten Abfälle im Sinne von § 20 Abs. 3 KrWG und § 9 Abs. 3 LAbfG.
- (4) Der Hohenlohekreis kann Dritte mit der Erfüllung seiner Pflichten beauftragen.
- (5) Der Hohenlohekreis hat aufgrund von § 6 Abs. 2 LAbfG die Entsorgung von Erdaushub, soweit dieser nicht durch Schadstoffe verunreinigt ist, auf Antrag den Gemeinden –außer der Gemeinde Kupferzell- übertragen. Diese Gemeinden erlassen eine eigenständige Satzung über die Erledigung dieser Aufgaben. Die entsprechenden Regelungen der vorliegenden Satzung des Hohenlohekreises finden insoweit keine Anwendung.
- (6) Die Gemeinden unterstützen den Hohenlohekreis bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach den Abfallgesetzen und dieser Satzung. Sie überlassen dem Hohenlohekreis die für die Erfassung und Veranlagung der Zahlungspflichtigen erforderlichen Unterlagen und Informationen.

§ 3 Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Die Grundstückseigentümer, denen Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungserbbauberechtigte, Nießbraucher und sonstige zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte gleichstehen, sind berechtigt und im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung anzuschließen, diese zu benutzen und die auf ihren Grundstücken anfallenden Abfälle der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen.
- (2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 trifft auch die sonst zur Nutzung des Grundstücks Berechtigten (z. B. Mieter, Pächter) oder die das Grundstück tatsächlich nutzenden Personen sowie die Abfallbesitzer, insbesondere Beförderer.
- (3) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 gelten nicht
- 1. für die Entsorgung pflanzlicher Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung der Landesregierung über die Beseitigung pflanzlicher Abfälle außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen, in der jeweils gültigen Fassung, zugelassen ist;
 - 2. für Bioabfälle aus privaten Haushalten, wenn der Verpflichtete gegenüber dem Landkreis schriftlich schlüssig und nachvollziehbar nachweist, dass er eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung dieser Abfälle auf einem von ihm im Rahmen seiner privaten

Lebensführung genutzten Grundstück beabsichtigt und hierzu in der Lage ist. Dabei muss für jede Person, die in dem Haushalt dauerhaft lebt, eine Fläche von mindestens 50 m² für die Ausbringung des Produkts nachgewiesen werden.

§ 4 Ausschluss von der Entsorgungspflicht

- (1) Von der Abfallentsorgung sind die in § 2 Abs. 2 KrWG genannten Stoffe, mit Ausnahme von Küchen- und Speiseabfällen aus privaten Haushaltungen, ausgeschlossen.
- (2) Außerdem sind folgende Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen ausgeschlossen:
 1. Abfälle, die Gefahren oder erhebliche Belästigungen für das Betriebspersonal hervorrufen können, insbesondere
 - a) Abfälle, von denen bei der Entsorgung eine toxische oder anderweitig schädigende Wirkung zu erwarten ist,
 - b) leicht entzündliche, explosive oder radioaktive Stoffe im Sinne der Strahlenschutzverordnung,
 - c) nicht gebundene Asbestfasern,
 - d) Abfälle, die in besonderem Maße gesundheitsgefährdend sind und Gegenstände, die aufgrund von § 17 des Infektionsschutzgesetzes behandelt werden müssen,
 2. Abfälle, bei denen durch die Entsorgung wegen ihres signifikanten Gehaltes an toxischen, langlebigen oder bioakkumulativen organischen Substanzen eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu besorgen ist,
 3. Abfälle, die Gefahren für die Entsorgungsanlagen oder ihre Umgebung hervorrufen oder schädlich auf sie einwirken können oder die in sonstiger Weise den Ablauf des Entsorgungsvorgangs nachhaltig stören oder mit dem vorhandenen Gerät in der Entsorgungsanlage nicht entsorgt werden können, insbesondere
 - a) Flüssigkeiten,
 - b) schlammförmige Stoffe mit mehr als 30 % Wassergehalt,
 - c) Kraftfahrzeugwracks und Wrackteile,
 - d) Abfälle, die durch Luftbewegung leicht verweht werden können, soweit sie in größeren als haushaltsüblichen Mengen anfallen,
 4. gefährliche Abfälle im Sinne von § 3 Abs. 5 KrWG in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV), die nach § 2 Abs. 1 der Sonderabfallverordnung (SAbfVO) angedient werden müssen,
 5. gewerbliche organische Küchen- und Speiseabfälle, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in privaten Haushaltungen anfallenden Abfällen entsorgt werden können,
 6. Elektro- und Elektronik-Altgeräte, soweit deren Beschaffenheit und Menge nicht mit den in privaten Haushaltungen anfallenden Altgeräten vergleichbar sind,

7. Elektro- und Elektronik-Altgeräte, die aufgrund einer Verunreinigung eine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit von Menschen darstellen.
- (3) § 20 Abs. 3 KrWG und § 9 Abs. 3 LAbfG bleiben unberührt.
- (4) Abfälle sind von der Entsorgung ausgeschlossen, soweit diese der Rücknahmepflicht aufgrund einer nach § 25 KrWG erlassenen Rechtsverordnung unterliegen und entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen.
- (5) Darüber hinaus kann der Hohenlohekreis mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die wegen ihrer Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen entsorgt werden können, im Einzelfall von der öffentlichen Entsorgung ganz oder teilweise ausschließen.
- (6) Die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haben zu gewährleisten, dass die ausgeschlossenen Abfälle nicht dem Hohenlohekreis zur Entsorgung überlassen werden. Das gleiche gilt für jeden Anlieferer.

§ 5 Abfallarten

(1a) Abfälle aus privaten Haushaltungen:

Abfälle, die in privaten Haushaltungen im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.

(1b) Hausmüll:

Abfälle aus privaten Haushaltungen, die von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern selbst oder von beauftragten Dritten in genormten, im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behältern regelmäßig eingesammelt, transportiert und der weiteren Entsorgung zugeführt werden.

(2) Sperrmüll:

Abfälle, die wegen ihrer Sperrigkeit, auch nach zumutbarer Zerkleinerung, nicht in die im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behälter passen und getrennt vom Hausmüll eingesammelt und transportiert werden. Nicht zum Sperrmüll zählen Abfälle aus Gebäuderenovierungen.

(3) Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe):

z. B. Glas, Weißblech, Aluminium, Papier, Kartonagen, Styropor, Schrott, Altreifen, Kork, Holz, Textilien, Kunststoffe.

(4) Gewerbliche Siedlungsabfälle:

Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Anlage der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) aufgeführt sind, insbesondere

- a) gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich sind, sowie

- b) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Absatz 1a genannten Abfälle.
- (5) Hausmüllähnliche gewerbliche Siedlungsabfälle:
Abfälle im Sinne von Absatz 4, soweit sie nach Art und Menge gemeinsam mit oder wie Haus- oder Sperrmüll eingesammelt werden können.
- (6) Bioabfälle:
Bioabfälle sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushaltungen, aus dem Gaststätten- und Cateringgewerbe, vergleichbare Abfälle aus Nahrungsmittelverarbeitungsbetrieben sowie aus sonstigen Herkunftsbereichen, soweit sie mit diesen Abfällen vergleichbar sind.
- (7) Grünabfälle:
Pflanzliche Abfälle, insbesondere Garten- und Parkabfälle, die innerhalb bebauter Ortslagen auf Grün- und Gartenflächen sowie auf anderen öffentlichen Flächen und auf Friedhöfen anfallen.
- (8) Schadstoffbelastete Abfälle (Problemstoffe):
Üblicherweise in privaten Haushaltungen anfallende Kleinmengen von Abfällen, die bei der Entsorgung Nachteile für Personen, Umwelt, Anlagen oder Verwertungsprodukte hervorrufen können, insbesondere Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, öl- und lösemittelhaltige Stoffe, Farben, Lacke, Desinfektions- und Holzschutzmittel, Chemikalienreste, Batterien, Akkumulatoren, Säuren, Laugen und Salze.
- (9) Schrott:
Gegenstände aus Metall oder Teile hiervon, soweit sie nicht unter Absatz 10 fallen.
- (10) Elektro- und Elektronik-Altgeräte:
Altgeräte im Sinne von § 3 Abs. 3 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG).
- (11) Bodenaushub:
nicht kontaminiertes, natürlich gewachsenes oder bereits verwendetes Erd- oder Felsmaterial.
- (12) Bauschutt:
mineralische Stoffe aus Bautätigkeiten, auch mit geringfügigen Fremdanteilen.
- (13) Baustellenabfälle:
nicht mineralische Stoffe aus Bautätigkeiten, auch mit geringfügigen Fremdanteilen.
- (14) Straßenaufbruch:
mineralische Stoffe, die hydraulisch, mit Bitumen oder Teer gebunden oder ungebunden im Straßenbau verwendet waren.

§ 6 Auskunfts- und Nachweispflicht, Duldungspflichten

- (1) Die Anschluss- und Überlassungspflichtigen (§ 3) sowie Selbstanlieferer und Beauftragte (§ 19) sind zur Auskunft über Art, Beschaffenheit und Menge des Abfalls sowie über den Ort des Anfalls verpflichtet. Sie haben über alle Fragen Auskunft zu erteilen, welche das Benutzungsverhältnis und die Gebührenerhebung betreffen. Insbesondere sind sie zur Auskunft über die Zahl der Wohneinheiten sowie über Zahl und Größe der bereitgestellten Abfallbehälter verpflichtet. Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.
- (2) In Zweifelsfällen haben die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 nachzuweisen, dass es sich nicht um von der Entsorgungspflicht ausgeschlossene Stoffe handelt. Solange der erforderliche Nachweis nicht erbracht ist, kann der Abfall zurückgewiesen werden.
- (3) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind gemäß § 19 Abs. 1 KrWG verpflichtet, das Aufstellen von zur Erfassung notwendigen Behältnissen sowie das Betreten des Grundstücks zum Zwecke des Einsammelns und zur Überwachung des Getrennthaltens und Verwertung von Abfällen zu dulden. Dies gilt gemäß § 19 Abs. 2 KrWG entsprechend für Rücknahme- und Sammelsysteme, die zur Durchführung von Rücknahmepflichten auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG erforderlich sind.

II. Einsammeln und Befördern der Abfälle

§ 7 Formen des Einsammelns und Beförderns

Die vom Hohenlohekreis zu entsorgenden Abfälle werden eingesammelt und befördert

1. durch den Hohenlohekreis oder von ihm beauftragte Dritte, insbesondere private Unternehmen,
 - a) im Rahmen des Holsystems oder
 - b) im Rahmen des Bringsystems oder
2. durch die Abfallerzeuger oder die Besitzer selbst oder ein von ihnen beauftragtes Unternehmen (Selbstanlieferer, § 19).

§ 8 Bereitstellung der Abfälle

- (1) Abfälle, die der Hohenlohekreis einzusammeln und zu befördern hat, sind nach Maßgabe dieser Satzung zur öffentlichen Abfallabfuhr bereitzustellen oder zu den stationären Sammelstellen (Depotcontainerstandorte, Recyclinghöfe, Reisig- und Grüngutplätze) zu bringen und dort in die dafür vorgesehenen Sammelbehälter einzuwerfen.
- (2) Die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haben die Haushaltungen und Grundstücke, die erstmals an die öffentliche Abfallabfuhr anzuschließen sind, beim Hohenlohekreis schriftlich anzumelden. Die Verpflichtung des Hohenlohekreises zum Einsammeln und Befördern der Abfälle beginnt frühestens zwei Wochen nach der Anmeldung; im Einzelfall kann der Hohenlohekreis auf Antrag diese Frist verkürzen.
- (3) Vom Einsammeln und Befördern sind neben den in § 4 Abs. 1, 2, 4 und 5 genannten Abfällen ausgeschlossen:
 1. Abfälle, die besondere Gefahren oder schädliche Einwirkungen auf die Abfallgefäße oder die Transporteinrichtungen hervorrufen oder die wegen ihrer Größe oder ihres Gewichts nicht auf die vorhandenen Fahrzeuge verladen werden können,
 2. Abfälle, die nach den Regelungen dieser Satzung auf den Entsorgungsanlagen des Hohenlohekreises selbst angeliefert werden müssen,
 3. Sperrmüll, der nach Art und Menge üblicherweise nicht in privaten Haushaltungen anfällt,
 4. Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch, Baustellenabfälle und Steine.
- (4) Die Abfallgefäße dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sich der Deckel mühelos schließen lässt. Das Einfüllen von Abfällen in heißem Zustand ist nicht erlaubt. Einstampfen und Pressen von Abfällen in die Abfallgefäße sind nicht gestattet.
- (5) Der Hohenlohekreis kann in besonderen Fällen den Zeitpunkt, die Art und den Ort der Bereitstellung und die Art und Weise der Überlassung der Abfälle im Einzelfall bestimmen.

§ 9 Getrenntes Einsammeln von Abfällen zur Verwertung

- (1) Folgende Bioabfälle sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG getrennt von anderen Abfällen in der Biotonne bereitzustellen (Holsystem):

z. B.: organische Abfälle aus privaten Haushaltungen
(z. B. Speisereste, Obst-, Nuss- und Eierschalen usw.),
Grünabfälle (z. B. Laub, Rasenschnitt, Gartenabfälle, Baum-, Strauch- und
Heckenschnitt, sonstige biologisch abbaubare Pflanzenabfälle usw.),
Eierpappkartons, Sägespäne von unbehandeltem Holz

Die ausgegebene Biotonne darf nur zur Sammlung und Bereitstellung des Bioabfalls verwendet werden.
- (2) Folgende Abfälle zur Verwertung dürfen nicht im Restabfallbehälter bereitgestellt werden, sondern sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG zu den

Sammelstellen (z. B. Recyclinghöfe, Depotcontainerstandorte) zu bringen und dort in die dafür vorgesehenen Sammelbehälter einzubringen:

z. B. Altholz, Alttextilien (tragbar), Altschuhe (tragbar), Altreifen, Altspeisefett, Aluminium, Autobatterien, Batterien, Elektronikaltgeräte, Energiesparlampen, Hohlglas –farblich getrennt-, Kartonagen, Kabelschrott, Korken, Kühlgeräte, Leuchtstoffröhren, Papier, Pappe, Schrott, Styropor.

Die Standorte und Annahmezeiten der stationären Sammelstellen für die einzelnen Abfälle zur Verwertung werden vom Hohenlohekreis bekannt gegeben.

Die Aufstellungsorte und die Einwurfzeiten der Depotcontainer für Hohlglas –farblich getrennt- werden vom Hohenlohekreis bekanntgegeben. Der Einwurf der genannten Abfälle zur Verwertung außerhalb der angegebenen Einwurfzeiten ist unzulässig. Die Ablagerung von Abfällen außerhalb der Depotcontainer und das Einwerfen von hierzu nicht zugelassenen Stoffen sind untersagt.

- (3) Verkaufsverpackungen aus Metall, Verbundstoffen, Kunststoffen, Folien und Styropor dürfen nicht im Restabfallbehälter bereitgestellt werden. Sie sind in den Rücknahmeeinrichtungen der dualen Systeme zu Entsorgung bereitzustellen.
- (4) Außerdem können im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG
 1. Grünabfälle – mit Ausnahme von Pflanzenteilen, die von meldepflichtigen Krankheiten oder Schädlingen befallen sind - bei den ausgewiesenen Sammelplätzen angeliefert werden,
 2. verholzter Baum- und Heckenschnitt zu den ausgewiesenen Reisigplätzen im Hohenlohekreis gebracht werden,
 3. Altpapier/Kartonagen
 - a) zu den Recyclinghöfen gebracht und in die Container eingeworfen werden oder
 - b) gebündelt bei den Straßensammlungen bereitgestellt werden, die von Vereinen und Organisationen an einem rechtzeitig bekanntzugebenden Termin durchgeführt werden oder
 - c) über die Wertstofftonne bereitgestellt werden,
 4. Metallschrott zu den Recyclinghöfen gebracht werden.

§ 10 Getrenntes Einsammeln von schadstoffbelasteten Abfällen aus privaten Haushaltungen

Die nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten haben die schadstoffbelasteten Abfälle (§ 5 Abs. 8) in Kleinmengen aus privaten Haushaltungen zu den speziellen Sammelfahrzeugen bei den Problemstoffsammlungen zu bringen und dem Personal zu übergeben. Der Hohenlohekreis gibt die Standorte und Annahmezeiten der Problemstoffsammlungen rechtzeitig bekannt.

§ 11 Getrenntes Einsammeln von Elektro- und Elektronik-Altgeräten

Elektro- und Elektronik-Altgeräte (§ 5 Abs. 10) dürfen nicht im Restabfallbehälter bereitgestellt werden; sie können von Endnutzern und Vertreibern bei der vom Hohenlohekreis eingerichteten Sammelstelle angeliefert werden. Dabei sind, soweit zumutbar, die für die Gerätegruppen nach § 9 Abs. 4 Satz 1 ElektroG vorhandenen Sammelbehälter zu benutzen. Die Standorte und Annahmezeiten der Sammelstellen werden vom Hohenlohekreis bekannt gegeben.

§ 12 Zugelassene Abfallbehälter, Behälterausrüstung, Behältergemeinschaft, Abfallsäcke

- (1) Zugelassene Abfallgefäße sind
 1. für die in § 9 Abs. 1 genannten Abfälle: Braune Müllnormeimer mit 60/120/240 l Füllraum (Biotonne);
 2. für den Restmüll (§ 5 Abs. 1b) sowie für hausmüllähnliche gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 5): Müllnormeimer mit 40/60/80/120/240/1.100 l Füllraum (Restmülltonne).
 3. Die Müllnormeimer sind als Biotonne in brauner Farbe und als Restmülltonne in grauer Farbe zugelassen.

- (2) Die erforderlichen Abfallgefäße werden vom Hohenlohekreis zur Verfügung gestellt. Sie bleiben Eigentum des Hohenlohekreises. Die Behälter müssen von den Verpflichteten nach § 3 Abs.1 und 2 in sauberem Zustand gehalten werden. Werden diese Abfallbehälter nicht mehr zur Bereitstellung von Abfällen zur Überlassung an den Hohenlohekreis genutzt, müssen sie abgemeldet und restentleert und gereinigt zur Abholung bereitgestellt werden. Das Entfernen eines Abfallbehälters vom angemeldeten Grundstück ist nur zulässig, wenn der Hohenlohekreis zugestimmt hat. Die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haften für Schäden durch unsachgemäße Behandlung oder für den selbst verschuldeten Verlust von Abfallbehältern.

Bei selbstverschuldetem Verlust oder Sachbeschädigung eines Abfallbehälters wird nachfolgender Kostenersatz erhoben:

für die Ersatztonne mit einem Fassungsvermögen von 40/60/80/120/240 l 25,00 €
für den Ersatzcontainer mit einem Fassungsvermögen von 1,1 cbm 120,00 €.

Auf schriftlichen Antrag kann ein Behälter in einen größeren oder kleineren Behälter getauscht werden. Die Tauschgebühr beträgt pro Behältertausch 15,00 €, wobei der erstmalige Tausch gebührenfrei erfolgt.

- (3) a) In jedem Haushalt muss ausreichend Behälterfüllraum – mindestens ein Restabfallbehälter nach Abs. 1 Nr. 2 sowie eine Biotonne nach Abs. 1 Nr. 1 – vorhanden sein. Die Pflicht zur Nutzung einer Biotonne entfällt, wenn die in § 3 Absatz 3 Nr. 2 genannten Voraussetzungen erfüllt werden.
- b) Einen Haushalt bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.
- c) Mehrere Haushalte, deren Wohnungen sich im gleichen Gebäude befinden, können auf schriftlichen Antrag Abfallbehälter gemeinsam nutzen (Behältergemeinschaft). Die Behältergemeinschaft muss einen Verantwortlichen bestimmen und der Antrag muss vom Verantwortlichen der Behältergemeinschaft unterzeichnet sein. Die übrigen Verpflichteten sind Gesamtschuldner.
- d) Stehen bei Gebäuden mit mehr als fünf Wohneinheiten nicht genügend Stellflächen für die Abfallbehälter zur Verfügung, kann die Abfallwirtschaft Hohenlohekreis die gemeinsame Benutzung eines oder mehrerer Abfallbehälter vorschreiben.
- (4) a) Für Grundstücke, auf denen ausschließlich gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 4) anfallen, sind gemäß § 7 Satz 4 der Gewerbeabfallverordnung in angemessenem Umfang Abfallbehälter nach Absatz 1 Nr. 2 zu nutzen; es ist mindestens ein Abfallbehälter mit 40 l Fassungsvermögen zu nutzen.
- b) Für Grundstücke, auf denen sowohl Hausmüll (§ 5 Abs. 1b) als auch gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 4) anfallen (gemischt genutzte Grundstücke), ist zusätzlich zu den in Absatz 3 vorgeschriebenen Abfallbehältern ein Abfallbehälter pro Betriebsstätte nach Abs. 1 Nr. 2 für gewerbliche Siedlungsabfälle mit mindestens 40 Liter Füllraum bereitzustellen.
- c) Sofern bei gemischt genutzten Grundstücken Kleingewerbebetriebe und freiberuflich Tätige ohne Fremdbeschäftigte und ohne Betriebs-, Büro- und Praxisräume, ihre Tätigkeiten ausschließlich in der Wohnung betreiben und die dort anfallenden Abfälle vom Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 in dem nach Abs. 3 vorhandenen Gefäßraum regelmäßig bereitgestellt werden können, befreit der Hohenlohekreis von der Verpflichtung zur Vorhaltung von zusätzlichen Abfallbehältern.
- (5) Fallen in Haushaltungen vorübergehend so viele Abfälle an, dass sie in den zugelassenen Abfallbehältern nicht untergebracht werden können, so dürfen neben den Abfallbehältern nach Absatz 1 nur Abfallsäcke verwendet werden, die bei den vom Hohenlohekreis beauftragten Betriebsstellen gekauft werden können. Dies gilt auch für Veranstaltungen von Vereinen und ähnlichen Organisationen. Der Hohenlohekreis gibt ortsüblich bekannt, welche Abfallsäcke zugelassen sind und wo sie zu erwerben sind.
- (6) Bei einem Missverhältnis zwischen der anfallenden Abfallmenge und dem beim Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Hohenlohekreis angemeldeten Behältervolumen bestimmt der Hohenlohekreis das vorzuhaltende Behältervolumen. Ein Missverhältnis liegt insbesondere vor, wenn wiederholt festgestellt wird, dass das Fassungsvermögen des gewählten Abfallbehälters zu klein bemessen ist, weil der Gefäßdeckel wegen Überfüllung nicht geschlossen war und/oder der Abfall im Gefäß verdichtet (zusammengepresst) worden ist.

§ 13 Abfuhr von Abfällen

- (1) Der Inhalt der Restmülltonne und der Biotonne (§ 9 Abs. 1) wird 14-täglich im Wechsel eingesammelt. Von Mitte Juni bis Mitte September wird der Bioabfall wöchentlich eingesammelt.

Die 1,1 cbm-Container werden auf Antrag wöchentlich geleert.

Der für die Abfuhr vorgesehene Wochentag wird vom Hohenlohekreis bekannt gegeben. Im Einzelfall oder für bestimmte Abfuhrbereiche kann ein längerer oder kürzerer Abstand für die regelmäßige Abfuhr festgelegt werden.

- (2) Die zugelassenen Abfallbehälter müssen von den nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten am Abfuhrtag bis spätestens 6.00 Uhr mit geschlossenem Deckel am Rand des Gehweges oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, am äußersten Straßenrand bereitgestellt sein. Fahrzeuge und Fußgänger dürfen nicht behindert oder gefährdet werden. Die Entleerung muss ohne Schwierigkeiten und ohne Zeitverlust möglich sein. Der Hohenlohekreis kann in besonders gelagerten Fällen den geeigneten Standort bestimmen. Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter unverzüglich wieder zu entfernen. Nicht zugelassene bzw. nicht angemeldete Gefäße dürfen nicht zur Abfuhr bereitgestellt werden. Die Abfälle sind in den dem jeweiligen Haushalt oder Grundstück zugeordneten Abfallbehälter bereitzustellen.
- (3) Abfallgroßbehälter (1,1 cbm) sind so aufzustellen, dass sie ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust entleert oder abgeholt werden können. Die vorgesehenen Standplätze müssen einen festen Untergrund und einen verkehrssicheren Zugang haben, auf dem die Behälter leicht bewegt werden können. Der Hohenlohekreis kann im Einzelfall geeignete Standplätze bestimmen.
- (4) Sind Straßen, Wege oder Teile davon mit den Sammelfahrzeugen nicht befahrbar oder können Grundstücke nur mit unverhältnismäßigem Aufwand angefahren werden, so haben die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 die Abfallbehälter an eine durch die Sammelfahrzeuge jederzeit erreichbare Stelle zu bringen.
- (5) Die Abfallbehälter dürfen befüllt höchstens ein Gewicht aufweisen von:

a) bei Restmüll	10 kg bei	40 l Füllinhalt
	15 kg bei	60 l Füllinhalt
	20 kg bei	80 l Füllinhalt
	30 kg bei	120 l Füllinhalt
	60 kg bei	240 l Füllinhalt
	275 kg bei	1.100 l Füllinhalt
b) bei Bioabfall	15 kg bei	60 l Füllinhalt
	30 kg bei	120 l Füllinhalt
	60 kg bei	240 l Füllinhalt.

In Zweifelsfällen sind der Hohenlohekreis und die von ihm beauftragten Dritten berechtigt, Wiegen der Abfallbehälter vorzunehmen. Wird festgestellt, dass das Maximalgewicht überschritten ist, findet keine Abfuhr statt. Die Kosten der Wiegen trägt in diesem Fall der Berechtigte und Verpflichtete nach § 3 Abs. 1 und 2.

§ 14 Sonderabfuhren

- (1) Sperrmüll wird auf Abruf abgefahren. Bei der Abholung von Sperrmüll wird eine Transportpauschale je Abfahrt berechnet. Jeder Haushalt kann mit zwei Sperrmüllmarken der AWH Servicekarte bis zu zwei Mal jährlich die Sperrmüllabfuhr in Anspruch nehmen. Alternativ zur Abfuhr kann Sperrmüll auch direkt zum Wertstoffhof Stäffelesrain gebracht werden. Bei Abgabe einer Sperrmüllmarke der AWH Servicekarte ist die Anlieferung auf dem Wertstoffhof Stäffelesrain gebührenfrei, soweit die in Abs. 2 genannten Mengen- und Gewichtsgrenzen eingehalten sind.
- (2) Sperrmüll wird je Haushalt nur bis zur einer Höchstmenge pro Sperrmüllmarke der AWH-Servicekarte von 1 cbm und bis zu einem Einzelgewicht von 50 kg je Abfuhr eingesammelt und befördert. Für größere Mengen sind gesonderte Vereinbarungen zu treffen.
- (3) Die Abfälle müssen so bereitgestellt sein, dass Fahrzeuge oder Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden. Die Abfuhr muss ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich sein. Sofern erforderlich, kann der Hohenlohekreis den Ort der Bereitstellung bestimmen. Sofern der Sperrmüll wegen seiner Größe oder seines Gewichts nicht von der öffentlichen Müllabfuhr abgefahren wird, ist er vom Überlassungspflichtigen bei der Umladestation Beltersrot anzuliefern.
- (4) Im Übrigen gelten für das Einsammeln die Vorschriften des § 13 Abs. 2 und 4 entsprechend.

§ 15 Einsammeln von gewerblichen Siedlungsabfällen

Das Einsammeln von gewerblichen Siedlungsabfällen kann der Hohenlohekreis im Einzelfall regeln, soweit es die besonderen Verhältnisse beim Überlassungspflichtigen erfordern. Ist keine abweichende Regelung getroffen, gelten für die hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfälle die für die Abfuhr des Hausmülls maßgebenden Vorschriften entsprechend.

§ 16 Störungen der Abfuhr

- (1) Können die in §§ 13 bis 15 genannten Abfälle aus einem vom Hohenlohekreis zu vertretenden Grund nicht abgefahren werden, so gibt der Hohenlohekreis einen Ersatztermin bekannt.
- (2) Bei Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr infolge von Störungen im Betrieb, wegen betriebswichtiger Arbeiten oder wegen Umständen, auf die der Hohenlohekreis keinen Einfluss hat, besteht kein Anspruch auf Beseitigung, Schadensersatz oder Gebührenermäßigung.

§ 17 Eigentumsübergang

Die Abfälle gehen mit dem Verladen auf das Sammelfahrzeug oder mit der Überlassung an einem jedermann zugänglichen Sammelbehälter oder einer sonstigen Sammeleinrichtung in das Eigentum des Hohenlohekreises über. Werden Abfälle durch den Besitzer oder für diesen durch einen Dritten zu einer Abfallentsorgungsanlage des Hohenlohekreises gebracht, so geht der Abfall mit dem gestatteten Abladen in das Eigentum des Hohenlohekreises über. Der Hohenlohekreis ist nicht verpflichtet, Abfälle nach verlorenen oder wertvollen Gegenständen

zu durchsuchen. Für die Wahrung der Vertraulichkeit, z. B. bei persönlichen Papieren, übernimmt der Hohenlohekreis keine Verantwortung.

III. Entsorgung der Abfälle

§ 18 Abfallentsorgungsanlagen

- (1) Der Hohenlohekreis betreibt die zur Entsorgung der in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle erforderlichen Anlagen und stellt diese den Kreiseinwohnern und den ihnen nach § 16 Abs. 2 und 3 LKrO gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen zur Verfügung.
- (2) Der Hohenlohekreis ist berechtigt, Abfälle einer anderen Entsorgungsanlage zuzuweisen, falls dies aus Gründen einer geordneten Betriebsführung notwendig ist.
- (3) Bei Einschränkungen oder Unterbrechungen der Entsorgungsmöglichkeiten auf den Abfallanlagen infolge von Störungen im Betrieb, wegen betriebswichtiger Arbeiten, gesetzlicher Feiertage oder wegen Umständen, auf die der Hohenlohekreis keinen Einfluss hat, steht den Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 oder 2, den Gemeinden sowie Dritten kein Anspruch auf Anlieferung oder auf Schadensersatz zu.
- (4) Der Hohenlohekreis betreibt als öffentliche Einrichtung die Deponie Beltersrot einschließlich Umladestation als zentrale Abfallentsorgungsanlage.
- (5) Für die Benutzung und den Betrieb der Abfallentsorgungsanlagen gelten die Bestimmungen dieser Satzung und deren Benutzungsordnungen.

§ 19 Benutzung der Entsorgungsanlagen durch Selbstanlieferer

- (1) Die Kreiseinwohner und die ihnen nach § 16 Abs. 2 und 3 LKrO gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen sind berechtigt, Abfälle, die nicht der Abfuhr durch den Hohenlohekreis unterliegen, nach Maßgabe dieser Satzung und der Benutzungsordnung selbst anzuliefern (Selbstanlieferer) oder durch Beauftragte anliefern zu lassen.
- (2) Abfälle zur Verwertung, die nach § 9 getrennt von anderen Abfällen bereitzustellen sind, sowie schadstoffbelastete Abfälle (§ 5 Abs. 8), werden nicht zur Beseitigung angenommen. Sie sind von den Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 oder durch Beauftragte im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG zu den vom Hohenlohekreis dafür jeweils bestimmten Anlagen (vom Hohenlohekreis betriebene oder ihm zur Verfügung stehende stationäre Sammelstellen und Abfallentsorgungsanlagen einschließlich Zwischenlager, Einrichtungen Privater, die sich gegenüber dem Hohenlohekreis zur Rückführung der angelieferten Stoffe in den Wirtschaftskreislauf verpflichtet haben) zu bringen. Der Hohenlohekreis informiert die Selbstanlieferer durch Bekanntgabe und auf Anfrage über die Anlagen im Sinne des Satzes 2. Er kann die Selbstanlieferung durch Anordnung für den Einzelfall abweichend von den Sätzen 1 und 2 regeln.

- (3) Abfälle, die bei Bau- und Abbruchmaßnahmen anfallen und nicht nach § 4 von der Abfallentsorgung durch den Hohenlohekreis ausgeschlossen sind, müssen im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG nach folgenden Fraktionen getrennt bei den nach Absatz 2 Satz 2 dafür jeweils bestimmten Anlagen angeliefert werden:
1. Asphalt, gefräst
 2. Asphalt, gebrochen in Brocken
 3. mineralischer Straßenaufbruch
 4. Betonaufbruch ohne Stahl bis Kantenlänge 0,6 m
 5. Randsteine aus Beton oder Naturstein
 6. Stahlbeton bis Kantlänge 0,6 m
 7. große Betonbrocken (Meißelbearbeitung) und Betonteile (Fertigteile)
 8. Mauerwerk und Ziegel ohne Holz oder weitere Fremdstoffe
 9. vermischte mineralische Bauschuttfraktion
- (4) Selbstanlieferer haben Abfälle bereits an der Anfallstelle getrennt nach folgenden Fraktionen zu erfassen und im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG bei den nach Absatz 2 Satz 2 dafür jeweils bestimmten Anlagen anzuliefern:
1. Abfälle zur Verwertung
 2. schadstoffbelastete Abfälle
 3. Abfälle zur Beseitigung
- (5) Die Abfallanlieferung ist nur mit einer Entsorgungszulassung (EZ) des Hohenlohekreises zulässig. Besteht eine Nachweispflicht nach der Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung), ist die Abfallanlieferung nur mit einem Entsorgungsnachweis (EN) oder einem Sammelentsorgungsnachweis (SN) zulässig.
- (6) Die Anlieferung soll in geschlossenen Fahrzeugen erfolgen. Werden offene Fahrzeuge verwendet, so müssen die Abfälle gegen Herunterfallen gesichert sein. Erhebliche Belästigungen, insbesondere durch Geruch, Staub oder Lärm, dürfen nicht auftreten.
- (7) Sollen Abfälle auf einer Deponie abgelagert oder verwertet werden, so hat der Abfallerzeuger, bei Sammelentsorgung der Einsammler, dem Deponiebetreiber vor der Anlieferung die grundlegende Charakterisierung des Abfalls mit den in § 8 Deponieverordnung genannten Angaben vorzulegen. Der Deponiebetreiber hat das Recht Abfälle zurückzuweisen, wenn diese Angaben nicht gemacht werden.

IV. Härtefälle

§ 20 Befreiungen

- (1) Der Hohenlohekreis kann im Einzelfall auf Antrag von den Bestimmungen über die Art und Weise der Überlassung Befreiung erteilen, wenn die Durchführung einer Vorschrift zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

- (2) Die Befreiung darf nur auf Zeit oder auf Widerruf erteilt werden. Eine auf Zeit erteilte Befreiung kann vor Ablauf der Zeit aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit widerrufen werden.

V. Benutzungsgebühren

§ 21 Grundsatz, Umsatzsteuer

- (1) Der Hohenlohekreis erhebt zur Deckung seines Aufwands für die Entsorgung von Abfällen Benutzungsgebühren.
- (2) Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu diesen noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

§ 22 Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner für Gebühren nach § 23 sind die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2.
- (1a) Gebührenschuldner bei Behältergemeinschaften (§ 12 Abs. 3 c) sind der Verantwortliche und jeder Beteiligte für den Gesamtbetrag der Abfallgebühren der Behältergemeinschaft; der Verantwortliche und die weiteren Beteiligten sind Gesamtschuldner.
- (2) Gebührenschuldner für die Gebühren nach § 24 ist derjenige, bei dem die Abfälle angefallen sind. Ist dieser nicht bestimmbar, ist der Anlieferer Gebührenschuldner. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Anlieferer Abfälle verschiedener Auftraggeber zusammengeführt hat.
- (3) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.
- (4) Soweit der Hohenlohekreis die Bemessungsgrundlagen für die Gebühr nicht ermitteln oder berechnen kann, schätzt er sie. Dabei werden alle Umstände berücksichtigt, die für die Schätzung von Bedeutung sind.
- (5) Zusatzabfallsäcke (§ 12 Abs. 5) werden vom Landkreis und von den Städten und Gemeinden im Hohenlohekreis verkauft. Der Landkreis beauftragt die Städte und Gemeinden, die Gebühren nach § 23 Abs. 2 f) zu berechnen, Abgabenbescheide auszufertigen und zu versenden, die Gebühren entgegen zu nehmen und abzuführen, Nachweise dafür für den Landkreis zu führen sowie die erforderlichen Daten zu verarbeiten und die verarbeiteten Daten dem Landkreis mitzuteilen.

§ 23 Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen, die der Hohenlohekreis einsammelt

- (1) Für die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen werden Pflichtgebühren und zusätzliche Leerungsgebühren nach Abs. 2 und Jahresgebühren nach Abs. 3 erhoben.
- (2) a) Die Pflichtgebühren werden nach der Zahl und der Größe der nach § 12 für einen Haushalt bzw. eine Behältergemeinschaft angemeldeten oder tatsächlich genutzten Abfallbehälter nach

§ 12 Abs. 1 Nr. 2 bemessen. Sie werden jährlich als Vorauszahlung erhoben. In der Pflichtgebühr für das jeweilige Kalenderjahr sind für alle Behälter nach § 12 Abs. 1 Nr.2 zwölf Leerungen enthalten, sowie eine AWH-Servicekarte mit den dazugehörigen Marken für Bauschutt, Altholz und Sperrmüll. Die AWH-Servicekarte ist jeweils von 01.02. des Jahres bis 31.01. des Folgejahres gültig.

b) Die Pflichtgebühr beträgt jährlich bei einem Behältervolumen von

40 l	121,40 Euro
60 l	135,70 Euro
80 l	149,90 Euro
120 l	178,40 Euro
240 l	263,70 Euro
1.100 l	875,80 Euro.

c) Die Leerungen der Behälter werden registriert. Für Leerungen, die über die 12 Pflichtleerungen hinausgehen, beträgt die Gebühr pro Leerung bei einem Behältervolumen von

40 l	2,30 Euro
60 l	3,50 Euro
80 l	4,70 Euro
120 l	7,10 Euro
240 l	14,20 Euro
1.100 l	65,20 Euro.

Die zusätzlichen Leerungsgebühren werden mit dem Jahresgebührenbescheid des Folgejahres erhoben.

d) Bei 1-Personen-Haushalten mit dem kleinsten Behältervolumen von 40 Litern kann auf Antrag die Zahl der Pflichtleerungen von 12 auf 8 reduziert werden. Die Pflichtgebühr beträgt dann jährlich bei einem Behältervolumen von

40 l	111,40 Euro.
------	--------------

e) Bei Behältergemeinschaften (§ 12 Abs. 3 c) und d)) wird von jedem weiteren Haushalt ein Zuschlag in Höhe von 74,00 Euro für die gemeinsame Nutzung eines Abfallbehälters erhoben. Behältergemeinschaften können über ihren Verantwortlichen bei der Abfallwirtschaft Hohenlohekreis für 19,00 € zusätzlich AWH-Servicekarten beziehen. Die Anzahl der zusätzlichen AWH-Servicekarten ist jährlich auf die Anzahl der Behältergemeinschaftszuschläge beschränkt. Die Verteilung und interne Verrechnung der AWH-Servicekarte obliegt dem Verantwortlichen der Behältergemeinschaft.

f) Die Abfallgebühr für die zugelassenen Abfallsäcke für den Spitzenbedarf (§ 12 Abs. 5) beträgt 5,50 Euro.

g) Für die Anfahrt bei der Abholung von Sperrmüll wird eine Gebühr von 9,50 Euro erhoben.

- (3) Für die Entsorgung von Bioabfall werden Jahresgebühren erhoben, die nach der Zahl und der Größe der für einen Haushalt bzw. eine Behältergemeinschaft angemeldeten oder tatsächlich genutzten Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 bemessen werden. Die Jahresgebühr beträgt bei einem Behältervolumen von

60 l	35,80 Euro
120 l	47,80 Euro
240 l	71,70 Euro.

- (4) a) Die Benutzungsgebühren für die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen werden nach der Zahl und der Größe der Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 Nr. 2 bemessen, die für Grundstücke, auf denen ausschließlich gewerbliche Siedlungsabfälle anfallen, angemeldet oder tatsächlich genutzt werden.

Abs. 2 a), b), c) und f) gelten entsprechend.

b) Bei gemischt genutzten Grundstücken (§ 12 Abs. 4 b) wird die Abfallgebühr sowohl für die für den Haushalt angemeldeten oder genutzten als auch für die Abfallbehälter nach § 12 Abs. 4 a und b erhoben. Wird gem. § 12 Abs. 4 c kein zusätzlicher Abfallbehälter bereitgestellt, wird neben der Abfallgebühr nach Abs. 2 eine Mindestgebühr von 74,00 Euro erhoben.

- (5) Für die Bemessung der Gebühren ist es unerheblich, ob und in welchem Umfang die aufgestellten Abfallbehälter bei ihrer Leerung im Einzelfall gefüllt waren.
- (6) Wird für einen Haushalt oder für Grundstücke, auf denen ausschließlich gewerbliche Siedlungsabfälle anfallen, mehr als ein Behälter vorgehalten, ist die Pflichtgebühr nur für den volumenmäßig größten Behälter zu entrichten. Für die Leerungen des zweiten und jedes weiteren Behälters entstehen Leerungsgebühren nach Abs. 2 c für jede Leerung.

§ 24 Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen

- (1) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen auf der Deponie Beltersrot oder der dortigen Umladestation werden die Gebühren nach dem Gewicht der angelieferten Abfälle bemessen.

Sie betragen bei der Anlieferung von

Abfallart	Einheit	2019
1. Mindestanlieferungs- pauschale	bis 0,1 m ³	5,00 €
2. Mischmüll	to	200,00 €
Volumengebühr - leicht	je 1,0 m ³	20,00 €
Volumengebühr - mittel	je 1,0 m ³	50,00 €
Volumengebühr - schwer	je 1,0 m ³	80,00 €
Darunter fallen insbesondere: Restabfälle, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Kunststoffabfälle, Agrarfolien, Baustellenabfälle und verschmutzte Wertstoffe.		
3. Sperrmüllanlieferung	to	125,00 €
Volumengebühr	je 1,0 m ³	36,00 €

4.	Altholz A I bis III	to	120,00 €
	Volumengebühr	je 1,0 m ³	30,00 €
5.	Altholz A IV + Altfenster	to	220,00 €
	Volumengebühr	je 1,0 m ³	44,00 €
6.	Bauschutt	to	60,00 €
	Volumengebühr	je 1,0 m ³	80,00 €
7.	Gips	to	96,00 €
	Volumengebühr	je 1,0 m ³	60,00 €
8.	Asbest	to	150,00 €
	Kleinmengen	je Stück	5,00 €
9.	Mineralwolle	Sack	40,00 €
	Kleinmengen	je Stück	5,00 €
10.	Zubehör		
	Big Bag (90 x 110 cm)	St.	14,00 €
	Big Bag (90 x 260 cm)	St.	17,00 €
	Mineralwoll-Sack	St.	5,00 €
11.	Reifen ohne Felge		
	PKW-/ Motorrad-Reifen	St.	3,00 €
	Leicht-LKW-Reifen	St.	6,00 €
	LKW-/AS Reifen bis 1,2 m	St.	18,00 €
	AS-Reifen bis 1,40 m	St.	24,00 €
	AS-Reifen bis 1,60 m	St.	27,00 €
	AS-Reifen über 1,60 m	St.	35,00 €
Bei Reifen mit Felgen fällt die doppelte Gebühr an.			
12.	Feuerlöscher		
	Feuerlöscher 2 kg	St.	8,00 €
	Feuerlöscher 6 kg	St.	15,00 €
	Feuerlöscher 10 kg	St.	20,00 €
13.	Abladevorgang	St.	10,00 €

- (2) Bei gleichzeitiger Anlieferung unterschiedlicher Abfallarten (Mischanlieferung) wird die jeweils höchste zuordenbare Gebühr berechnet. Soweit die Beseitigung angelieferter Abfälle einen zusätzlichen Betriebsaufwand erfordert, werden zu den genannten Gebühren Zuschläge in Höhe der Mehrkosten verlangt. Soweit Analysen für die Abfallstoffe erforderlich sind, gehen die Kosten zu Lasten des Anlieferers und werden zusätzlich erhoben.

§ 25 Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses; Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Das Benutzungsverhältnis beginnt nach der Anmeldung oder Anzeige des Verpflichteten oder Berechtigten nach § 8 Abs. 2 mit der erstmaligen Bereitstellung eines angeforderten Behälters durch den Hohenlohekreis, soweit sich nicht durch eine erstmalige tatsächliche Inanspruchnahme ein früherer Zeitpunkt ergibt. Im Falle einer Behältergemeinschaft nach § 12 Abs. 3 c und d beginnt das Benutzungsverhältnis einen Monat nach Eingang des Antrags auf Zulassung der Behältergemeinschaft, wenn diese nicht vor Ablauf dieser Frist abgelehnt wird, jedoch nicht bevor der mitbenutzte Behälter zur Verfügung gestellt wurde, soweit sich nicht durch eine erstmalige tatsächliche Inanspruchnahme ein früherer Zeitpunkt ergibt. Das

Benutzungsverhältnis endet mit Ende des Monats, in dem der Berechtigte oder Verpflichtete nach § 3 Abs. 1 oder 2 alle Behälter nach § 12 Abs. 1 abgemeldet und an den Landkreis zurückgegeben hat. In Fällen einer Behältergemeinschaft nach § 12 Abs. 3 c und d endet das Benutzungsverhältnis, wenn der Verantwortliche der Behältergemeinschaft für einen Beteiligten die Beendigung der Behältergemeinschaft mitteilt, für diesen mit dem Ende des Monats, in dem die Mitteilung eingegangen ist.

- (2) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Bei der Pflichtgebühr nach § 23 Abs. 2 a und b, der Jahresgebühr nach § 23 Abs. 3 und 4 a, beim Zuschlag nach § 23 Abs. 2 e und bei der Mindestgebühr nach § 23 Abs. 4 b entsteht die Gebührenschuld jeweils am 01. Januar. Beginnt das Benutzungsverhältnis im Laufe eines Jahres, entsteht die Gebührenschuld bei Beginn bis zum 15. eines Monats ab diesem Monat, bei Beginn nach dem 15. eines Monats ab dem folgenden Monat. In diesen Fällen wird für jeden vollen Kalendermonat ein Zwölftel der Gebühren nach Satz 1 erhoben.
- (3) Die Gebühren für die Benutzung von Abfallsäcken entstehen bei deren Erwerb und sind sofort zur Zahlung fällig.
- (4) Bei sonstigen durch Bescheid festzusetzenden Gebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung. Die Gebühren werden einen Monat nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

§ 26 Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

- (1) Treten im Laufe des Jahres Änderungen bei den Bemessungsgrundlagen ein, die die Festsetzung einer niedrigeren Gebühr rechtfertigen, wird die Gebühr auf Antrag ermäßigt.
- (2) Werden der Abfallwirtschaft Hohenlohekreis Umstände bekannt, die die Festsetzung einer höheren Gebühr rechtfertigen, wird die Gebühr beginnend mit dem 01. des folgenden Kalendermonats neu festgesetzt.
- (3) Die Gebührenpflicht endet bei Beendigung des Benutzungsverhältnisses bis zum 15. eines Monats mit Ablauf des Vormonats, bei Beendigung des Benutzungsverhältnisses nach dem 15. eines Monats mit Ablauf dieses Monats. Zuviel entrichtete Gebühren werden auf Antrag erstattet.
- (4) Bei Beendigung des Benutzungsverhältnisses ist der Abfallbehälter gemäß § 12 Absatz 2 innerhalb von 14 Tagen zur Abholung bereitzustellen. Andernfalls wird der dort genannte Kostenersatz erhoben.

VI. Schlussbestimmungen

§ 27 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 28 Abs. 1 Nr. 1 LAbfG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Verpflichteter oder als Anlieferer entgegen § 4 Abs. 6 nicht gewährleistet, dass die nach § 4 Abs. 1 oder 2 oder nach § 8 Abs. 3 ausgeschlossenen Stoffe nicht dem Hohenlohekreis zur Entsorgung überlassen werden,
2. den Auskunfts- und Nachweispflichten nach § 6 Abs. 1 nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder mit unrichtigen Angaben nachkommt oder dem Beauftragten des Hohenlohekreises entgegen § 6 Abs. 3 den Zutritt verwehrt,
3. entgegen §§ 9, 11 oder 15 Satz 2 getrennt bereitzustellende oder getrennt zu Sammelbehältern / stationären Sammelstellen zu bringende Abfälle anders als in der vorgeschriebenen Weise bereitstellt oder anliefert bzw. ausgegebene Sammelgefäße anders als zu den vorgeschriebenen Zwecken nutzt,
4. entgegen § 10 Abfälle anders als dort vorgeschrieben entsorgt, soweit der Verstoß nicht nach § 326 StGB strafbar ist,
5. als Verpflichteter entgegen § 12 Abs. 1, 2, 3, 4 oder 5 Abfallgefäße nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Zahl oder Größe beschafft, unterhält oder vorhält,
6. entgegen § 12 Abs. 2 und § 13 Abs. 2 Behälter zur Leerung bereitstellt, die nicht zugelassen sind, insbesondere Behälter, die nicht mit einem Registrierchip versehen sind, oder Behälter ohne Zustimmung des Hohenlohekreises zweckentfremdet oder entfernt,
7. als Verpflichteter entgegen § 13 Abs. 2, 3 oder 4, auch in Verbindung mit § 14 Abs. 2 und 3, Abfallgefäße oder sperrige Abfälle nicht in der vorgeschriebenen Weise bereitstellt,
8. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 2 Abfälle, die außerhalb des Hohenlohekreises angefallen sind, auf einer Entsorgungsanlage des Hohenlohekreises ohne dessen ausdrücklicher Zustimmung anliefert oder ablagert oder eine solche unerlaubte Anlieferung oder Ablagerung veranlasst,
9. als Verpflichteter oder Beauftragter entgegen § 19 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 oder 4 Abfälle anliefert,
10. als Anlieferer gegen eine vom Hohenlohekreis erlassene Benutzungsordnung verstößt,
11. entgegen § 8 Abs. 1 Abfälle, die auf den Grundstücken der Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 entstanden sind, in öffentliche Abfallbehälter auf Straßen und Plätzen einwirft oder unbefugt in sonstige fremde Restmüllbehälter oder Biotonnen einwirft,
12. entgegen § 8 Abs. 4 ohne die erforderliche Genehmigung Abfälle in Abfallbehälter presst oder in gepresstem Zustand in Abfallbehälter einfüllt.

Die Ordnungswidrigkeiten nach Satz 1 können gemäß § 28 Abs. 2 LAbfG mit einer Geldbuße geahndet werden.

- (2) Ordnungswidrig nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig den Auskunftspflichten nach § 6 Abs. 1 nicht nachkommt und es dadurch ermöglicht, eine Abgabe zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung).

- (3) Andere Straf- und Bußgeldvorschriften, insbesondere § 326 Abs. 1 StGB sowie § 69 Abs. 1 und 2 KrWG, bleiben unberührt.

§ 28 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LKrO) oder auf Grund der LKrO beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 3 Abs. 4 LKrO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Landkreis geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Künzelsau, den 5. November 2018

Dr. Matthias Neth
Landrat